

Planlose Kostendämpfung *Viel Leistung, wenig Geld*

Nach zähem Ringen hat sich die Bundesregierung auf eine Gesundheitsreform geeinigt. Leider setzt sie damit die gute zahnmedizinische Versorgung in Deutschland aufs Spiel. LÜCKENLOS klärt auf, was die Reform für Sie als Patienten bedeutet.

Ab dem 1. Januar 2011 müssen alle gesetzlich Krankenversicherten mehr für ihre Gesundheit zahlen: Der Kassenbeitrag steigt von 14,9 auf 15,5 Prozent des Bruttolohns. Im Gegenzug könnte man wenigstens erwarten, dass mehr Geld für die medizinische Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung steht. In der Zahnmedizin ist allerdings das genaue Gegenteil der Fall: Die Bundesregierung hat die seit mehr als 15 Jahren bestehende Budgetierung zahnärztlicher Leistungen nicht wie versprochen abgeschafft, sondern sogar verschärft.

Budgetierung – was ist das?

Die Zahnärzte wollen ihren Patienten helfen und sie optimal behandeln – und zwar zwölf Monate im Jahr. Doch das deutsche Gesundheitssystem macht ihnen da häu-

fig einen Strich durch die Rechnung. Denn jede gesetzliche Krankenkasse muss für die zahnmedizinische Behandlung ihrer Versicherten jedes Jahr nur Geldmittel in bestimmter Höhe zur Verfügung stellen, das sogenannte Budget – unabhängig davon, wie viele Zahnbehandlungen nötig sind. Wenn sich der Topf leert, dann kann es sein, dass Zahnärzte für die Behandlung ihrer Patienten kein Honorar mehr bekommen. Eine sowohl für Zahnärzte als auch für Patienten unbefriedigende Situation. Budgetiert sind dabei ausgerechnet die zahnerhaltenden Maßnahmen wie zum Beispiel Füllungen. Medizinisch, ethisch und politisch der völlig falsche Ansatz, denn Zahnersatz ist gerade nicht budgetiert. Hier konterkariert die Politik die Bestrebungen der Patienten und Zahnärzte, Zähne zu erhalten statt zu ersetzen.

So kann es nicht weitergehen

Verantwortlich für die Misere ist die Politik: 1993 hat der damalige Gesundheitsminister Horst Seehofer die Ausgaben im Gesundheitswesen gedeckelt. Inzwischen hat der Gesetzgeber die sogenannte Budgetierung sowohl bei den Ärzten als auch bei den Kran-

kenhäusern aufgehoben. Nur bei den Zahnärzten gibt es für die Behandlung ihrer Patienten nach wie vor einen starren Betrag, der den tatsächlichen Behandlungsbedarf der Bevölkerung nicht berücksichtigt.

Dass es so nicht weitergehen kann, haben viele Politiker erkannt. Im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungsparteien denn auch auf ein Ende der Budgetierung verständigt. Doch dann kam das böse Erwachen: Das „GKV-Finanzierungsgesetz“ hebt die Budgets nicht auf – es verschärft sie sogar. Damit knüpft die schwarz-gelbe Regierung nahtlos an die planlose Kostendämpfungspolitik der vergangenen Jahre an. Diese gefährdet mittlerweile die wirtschaftliche Basis so mancher Zahnarztpraxis und setzt die international überdurchschnittlich gute Mundgesundheit in Deutschland leichtfertig aufs Spiel.

Dabei spart die Politik an falscher Stelle, denn die Zahnärzte sind keineswegs die Kostentreiber im Gesundheitswesen. Im Gegenteil: Die Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung sind zwischen 1981 und 2007 inflationsbereinigt um 57 Prozent gestiegen, die Verwaltungskosten der Kassen sogar um 91 Prozent. Die Ausgaben für zahnärztliche Behandlungen sind im gleichen Zeitraum jedoch um 28 Prozent gesunken!

Tobias Horner



Politik gegen Patienten und Zahnärzte: Ausgerechnet zahnerhaltende Behandlungen werden immer schlechter honoriert.



Deckel auf dem Geldtopf: Wenn das Budget verbraucht ist, kann es sein, dass Zahnärzte für die Behandlung ihrer Patienten kein Honorar bekommen.